



POLITISCHER KURZBERICHT / UKRAINE

Orangenes Déjà-vu – Timoschenko soll erneut ukrainische Regierungschefin werden

von Ralf Wachsmuth und André Drewelowsky,
Außenstelle Kiew

Kiew, 26. Juni 2006

Die ‚orangene Koalition‘ ist perfekt. Nach drei Monaten äußerst schwieriger Koalitionsverhandlungen haben sich der Block Julia Timoschenko (BJUT), das Wahlbündnis Nascha Ukraina und die Sozialistische Partei der Ukraine am 21. Juni endgültig über eine Neuauflage ihrer Regierungszusammenarbeit verständigt und einen rund 100-seitigen Koa-



Happyend oder Grund zur Sorge? Roman Bessmertny (Block Nascha Ukraina), Julia Timoschenko (BJUT) und Oleksandr Moros (Sozialisten) verkünden die Bildung der ‚orangenen Koalition‘. Sorgenfalten sind – zumindest bei Moros – nicht zu übersehen.

litionsvertrag vorgelegt. Julia Timoschenko erhält erneut den Posten der Premierministerin, ihr Intimfeind Petro Poroschenko (Fraktion Nascha Ukraina) wird aller Voraussicht nach Parlamentspräsident und die Sozialisten stellen den ersten Vizepremier. Auch die restlichen Ministerposten sind bereits grob verteilt. Für die endgültige personelle Besetzung haben die Koalitionäre nun laut Verfassung 30 Tage Zeit.

Das zuletzt unerträglich gewordene ukrainische Koalitionsgezerre hat also ein vorläufiges Ende. Doch die Freude über die Aus-

sicht auf eine neue Regierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ‚orangene‘ Déjà-vu-Koalition auf schwachen Fundamenten gebaut ist. Denn Spannungen zwischen der Regierung (Timoschenko) und dem Parlament (Poroschenko) sind bereits vorprogrammiert. Und die Partei der Regionen, die am 26. März als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervorgegangen war (32,1% der Stimmen) und nun zusammen mit den Kommunisten eine starke Opposition bildet, wird alles daran setzen, die ‚orangene‘ Parlamentsmehrheit (lt. Wahlergebnis 243 von 450 Sitzen, 17 Sitze mehr als nötig)¹ zu Fall zu bringen.

Moros sorgte für den Durchbruch

Für den endgültigen Durchbruch bei den ‚orangenen‘ Koalitionsverhandlungen hatte Sozialistenführer Oleksandr Moros gesorgt: Er verzichtete am 14. Juni öffentlich auf das Amt des Parlamentspräsidenten und erklärte sich am 19. Juni bereit, den von BJUT und Nascha Ukraina angestrebten NATO-Integrationskurs mitzutragen – unter der Bedingung, dass in einem Referendum die Bevölkerung über den ukrainischen NATO-Beitritt entscheiden soll. So wurde im rund 100-seitigen Koalitionsvertrag die „Zusammenarbeit mit der NATO zum gegenseitigen Vorteil“ als Grundsatz der künftigen ukrainischen Außenpolitik fixiert. Weitere außenpolitische Ziele sind die „Erreichung der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union“, die „Erhaltung und Stärkung gleichberechtigter und gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Russland und anderen Ländern“, die „Festigung der Führungsposition der Ukraine in der

¹ Offiziell wird mittlerweile nur noch von einer Koalitionsstärke von 242 Abgeordneten gesprochen, da Leonid Tschernowetzki (Fraktion Nascha Ukraina) sich noch nicht endgültig entschieden hat, ob er Kiewer Bürgermeister bleiben oder sein Parlamentsmandat antreten will. Bisher haben erst 239 Abgeordnete den ‚orangenen‘ Koalitionsvertrag unterzeichnet, die Unterschriften von drei (mit Tschernowetzki vier) Abgeordneten, die sich derzeit im Urlaub befinden, stehen noch aus.

Schwarzmeerregion“ und der WTO-Beitritt noch in diesem Jahr.

Ämterverteilung

Außer dem Koalitionsvertrag wurde auch eine erste Liste mit der geplanten Verteilung der Ministerposten und anderer wichtiger Funktionen veröffentlicht.

Der *Block Julia Timoschenko* soll neben der Premierministerin (Timoschenko) den ersten Vizeparlamentspräsidenten, den Vorsitzenden des Rundfunkausschusses sowie den Vorsitzenden des Fonds für Staatsvermögen stellen. Außerdem hat sich BJUT die Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Energie, Landwirtschaft und Kohleindustrie (und damit fast alle Ministerien aus dem Bereich Wirtschaft/Finanzen) sowie Bau und Architektur, Kultur, Katastrophenschutz und Gesundheit gesichert. Nach neuesten Berichten soll Timoschenkos engster Vertrauter und ehemaliger Leiter des SBU Oleksandr Turtschynow Finanzminister werden und den liberalen und auf Budget-Disziplin bedachten Minister Pynsenyk ablösen, dessen Partei Reformen und Ordnung den Einzug ins Parlament verfehlte. Herr Turtschynow dürfte sich mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert sehen, die für die Finanzierung der teuren Sozialprogramme notwendigen Geldmittel einzutreiben.

Auf den *Block Nascha Ukraina* entfallen der Parlamentspräsident (wahrscheinlich Petro Poroschenko, siehe unten), der Vizepremier für Regionalpolitik (möglicherweise wieder Roman Bessmertny), der Vorsitzende des Kartellausschusses sowie die Minister für Inneres, Arbeit, Industriepolitik, Jugend und Sport sowie Justiz.

Die *Sozialisten* stellen lediglich den ersten Vizepremierminister (wahrscheinlicher Kandidat: Josyp Vinsky, zweiter Mann hinter Moros), den Menschenrechtsbeauftragten der Werchowna Rada sowie die Minister für Umwelt, Bildung, Transport und Kommunikation.

Als Gegengewicht zur ministeriellen Übermacht des Blockes Timoschenko im Bereich Wirtschaft/Finanzen sollen Nascha Ukraina

und die Sozialisten den Vorsitz der mit finanziellen und wirtschaftlichen Themen betrauten Parlamentsausschüsse übernehmen: Haushaltspolitik, Banken und Finanzen, Industriepolitik, Agrarpolitik (Nascha Ukraina), Energiepolitik und Wirtschaftspolitik (Sozialisten).

Präsident Juschtschenko hat schließlich das Recht, den Außen- und Verteidigungsminister, den Chef des Sicherheitsdienstes sowie den Generalstaatsanwalt vorzuschlagen. Es ist zu erwarten, dass er hier in erster Linie auf Personal aus der Fraktion Nascha Ukraina zurückgreifen wird. Außenminister Borys Tarasjuk und Verteidigungsminister Anatolij Gryzenko dürften also höchstwahrscheinlich im Amt bleiben. Das heißt, in der Außen- und Verteidigungspolitik wird die Kontinuität in Richtung auf eine möglichst schnelle Mitgliedschaft in EU und NATO beibehalten. Der Traum einer NATO-Mitgliedschaft noch in diesem Jahrzehnt wird sich – da sind sich die meisten Experten einig – realisieren lassen. Es besteht kaum ein Zweifel, dass sich die USA, Polen und die baltischen Staaten vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Beziehungen zu Russland auf dem NATO-Gipfel im Herbst in Riga durchsetzen und der Ukraine ein „positives Signal“ (wie es NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer in einem Interview gegenüber der polnischen Zeitung „Dziennik“ vom 24. Juni nannte) geben werden. Dieses „positive Signal“ könnte ein Membership Action Plan sein.

Uneinigkeit herrscht bislang noch darüber, ob auch der oppositionellen *Partei der Regionen* gewisse Ämter zugestanden werden sollen. In der Ukraine gibt es bislang kein gesetzliches Verfahren, das die Machtbeteiligung der Opposition regelt. So erhält die Opposition nur jene Positionen, die ihr die Regierungskoalition im Rahmen einer Geste guten Willens zugesteht. Bislang drückt sich dieser „gute Wille“ im ‚orangenen Lager‘ in zwei alternativen Formeln aus: Der Koalitionsvertrag sieht vor, der Opposition die Posten eines Vizeparlamentspräsidenten, des Leiters des Rechnungshofes, des Vorsitzenden der Privatisierungskommission und aller stell-

vertretenden Parlamentsausschussvorsitzenden zuzusprechen; ein anderes Szenario läuft darauf hinaus, der Opposition den Vorsitz des Haushalts-, Abgeordnetenethik- und Medienausschusses zu überlassen. Die Opposition dagegen verlangt den Vorsitz in den wichtigsten Parlamentsausschüssen und droht mit einer Blockade der nächsten Rada-Sitzungen. Selbst unter Kutschma – so die Partei der Regionen – sei es üblich gewesen, wichtige Vorsitze an die Opposition zu übergeben.

Doppelstrategie der Partei der Regionen

Die Partei der Regionen, die nach den Ereignissen der letzten Wochen und Tage bereits mit einer Regierungsbeteiligung in der einen oder anderen Form gerechnet hatte, reagierte erwartungsgemäß enttäuscht auf die Verkündung der ‚orangenen Koalition‘. In einer Pressemitteilung hieß es am 22. Juni: „Wir werden die Handlungen der Regierung scharf kontrollieren – mit dem Ziel, die Folgen all jener Aktivitäten zu verhindern, die einen irreversiblen Charakter haben könnten. Wir glauben nicht, dass eine Koalition, die unsere Stimmen – die Stimmen von Millionen Ukrainern – ignoriert, in der Lage sein wird, das Leben des ukrainischen Volkes zu verbessern.“

Zur Zeit sind in der Partei der Regionen zwei Flügel auszumachen, die unterschiedliche Strategien in ihrem Verhältnis zu den ‚Orangenen‘ verfolgen: Der Flügel um den Abgeordneten Jewgenij Kuschnarjow will in eine harte Opposition zur ‚orangenen Koalition‘ gehen und die aus Wahlkampfzeiten bekannten und der Bevölkerung im Osten am Herzen liegenden Themen (Anti-NATO-Haltung, Einführung des Russischen als zweiter Amtssprache, Föderalisierung der Ukraine) zum Schwerpunkt ihrer politischen Auseinandersetzung machen. Der gemäßigte Flügel um den milliardenschweren Abgeordneten Rinat Achmetow hingegen setzt auf eine konstruktive Oppositionsarbeit und ein kooperatives Zusammenspiel mit den ‚Orangenen‘ – zum einen, um sich komfortable Bedingungen für die Weiterentwicklung der eigenen Geschäftsinteressen zu sichern (Stichwort Privatisierungspolitik) und zum anderen, um sich im In- und Ausland als zuverlässigen Partner im Falle des Zusammenbruchs der ‚orangenen Koalition‘ zu präsentieren.

tisierungspolitik) und zum anderen, um sich im In- und Ausland als zuverlässigen Partner im Falle des Zusammenbruchs der ‚orangenen Koalition‘ zu präsentieren.

Poroschenko contra Timoschenko

Julia Timoschenko ist bislang die eindeutige Gewinnerin des Koalitionsbildungsprozesses. Sie hat nicht nur ihre Rückkehr auf den Premierministerposten durchgesetzt, sondern sich auch wichtige Ministerien sichern können.

Um die Machtposition Timoschenkos einzuschränken und sozusagen ein Gegengewicht zur ‚eisernen Julia‘ zu schaffen, wird Natscha Ukraina voraussichtlich Petro Poroschenko, den Erzfeind Timoschenkos, als Hauptkandidaten für den Parlamentsvorsitz vorschlagen. Poroschenko, ein finanzkräftiger Unternehmer² und Politiker, der Viktor Juschtschenko während der ‚Orangenen Revolution‘ unterstützt hatte, war Anfang 2005 auch Anwärter auf das Amt des Premierministers, wurde aber stattdessen Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (mit erheblich erweiterten Vollmachten). Sein Konflikt mit Julia Timoschenko (gegenseitige und unbewiesene Korruptionsvorwürfe) hatte im September 2005 mit zur Entlassung der gesamten Regierung Timoschenko beigetragen.



Petro Poroschenko

Die Tatsache, dass Petro Poroschenko und nicht Jurij Jechanurow (wie zunächst vorgesehen) zum neuen Parlamentspräsidenten ernannt werden soll, zeigt außerdem – so die Meinung einiger Experten – die Schwäche von Präsident Juschtschenko, der Jechanurow bevorzugt hatte, innerhalb des Blockes Natscha Ukraina.

Die Tatsache, dass Petro Poroschenko und nicht Jurij Jechanurow (wie zunächst vorgesehen) zum neuen Parlamentspräsidenten ernannt werden soll, zeigt außerdem – so die Meinung einiger Experten – die Schwäche von Präsident Juschtschenko, der Jechanurow bevorzugt hatte, innerhalb des Blockes Natscha Ukraina.

² Poroschenko ist unter anderem Eigentümer des Fünften Fernsehkanals, der während der ‚Orangenen Revolution‘ als einziger für Juschtschenko berichtet hatte, und der Firma „Roshen“, einer der bekanntesten Zuckerwarenfabriken der Ukraine.

Die Wahl des Parlamentspräsidenten und des Premierministers (bzw. der Premierministerin) durch die Abgeordneten der Werchowina Rada ist vom 27. auf den 29. Juni verschoben worden.

Rückkehr der ‚Gasprinzessin‘

Noch nicht einmal offiziell im Amt, kündigte Frau Timoschenko am 22. Juni an, sie wolle den am 4. Januar 2006 zwischen dem russischen Energieriesen Gazprom, dem ukrainischen Gaskonzern Naftogas Ukrainy und der Schweizer Handelsgesellschaft RosUkrEnergo geschlossenen Gasliefervertrag revidieren. „Alle Gasliefervereinbarungen erfordern eine genaue Überprüfung und die Schaffung neuer Vertragsbeziehungen zu Russland und Turkmenistan in freundschaftlicher Atmosphäre“, sagte Timoschenko. Gazprom reagierte scharf auf diese unmissverständliche Kriegserklärung. Sergej Kuprijanow, ein Sprecher des russischen Staatsunternehmens, nannte den Auftritt Timoschenkos ein „weiteres Alarm-signal für die Länder Europas“ und fügte hinzu: „Eine Realisierung der ukrainischen Drohungen würde zu einer neuen Gaskrise führen. Die Worte Julia Timoschenkos bestätigen ein weiteres Mal, dass die Ukraine eine Schwachstelle im europäischen Gastransport-system ist.“ RosUkrEnergo³ kontrolliert zur Zeit den gesamten Gasimport der Ukraine. Seit Januar 2006 liefert die Handelsfirma Gas für 95 USD pro 1000 m³, Gazprom fordert eine Erhöhung des Preises auf rund 230 USD (dies würde dem westeuropäischen Niveau entsprechen). RosUkrEnergo kauft mittelasiatisches Gas bei Gazprom und verkauft es weiter an die Firma UkrGasEnergo (ein Joint-Venture von RosUkrEnergo und Naftogas Ukrainy), die letztlich für die Belieferung des ukrainischen Binnenmarktes verantwortlich ist. Mit dieser konstruierten und von Gazprom dominierten Lieferkette ist Frau Timoschenko, die Mitte der Neunziger Jahre selbst eine bedeutende Figur auf dem ukrainischen Gas-

³ Eigentümer sind der russische Staatskonzern Gazprom (50%), der ukrainische Geschäftsmann Dmytro Firtasch (45%) und sein Partner Iwan Fursin (5%).

markt war,⁴ selbstverständlich nicht einverstanden. Es ist bezeichnend, dass sie in ihrer forschen Art noch vor ihrer Bestätigung als Premierministerin durch das Parlament den Beginn eines neuen Gaskrieges mit Russland zu ihrer ersten ‚Amtshandlung‘ macht. Timoschenko geht wie schon zu Beginn ihrer letzten Amtszeit erneut sofort auf Konfrontationskurs mit Russland. Auch diesmal mit der Unterstützung des Präsidenten, der noch Anfang Januar den Vertrag mit Russland als ein historisches Dokument gewürdigt und verteidigt hatte.

Große Herausforderungen – unsichere Zukunft

Von Beginn an ist die ‚orangene Koalition‘ auf äußerst instabilen Fundamenten gebaut. Viele Experten meinen, die Déjà-vu-Regierung Timoschenko sei bereits vor ihrer Amtseinführung zum Scheitern verurteilt. Doch vielleicht verleihen die Drohungen aus Moskau und der zu erwartende heftige Widerstand der ostukrainischen Regionen der ‚orangenen Koalition‘ auch eine gewisse Stabilität. Die vielen Herausforderungen, vor denen die neue Regierung steht, könnten die ‚Orangenen‘ dazu zwingen, ihren Zwist beiseite zu legen und sich daran zu erinnern, was sie einst auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz vereint hatte: der Wunsch, aus der Ukraine ein demokratisches, unabhängiges und in Richtung Europa strebendes Land zu machen.

Im Grunde bieten sich der ‚orangenen Koalition‘ ideale Regierungsvoraussetzungen: Alle wichtigen Ämter sind in ‚orangener Hand‘ (Präsident, Premier, Parlamentspräsident), und die nächsten Wahlen finden voraussichtlich erst 2009 statt (Präsidentschaftswahlen) – drei Jahre lang könnte man ohne störenden Wahlkampf regieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth, Mitarbeit: André Drewelowsky
wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine
e-mail: konrad@adenauer.kiev.ua, Internet: www.kas.de/Ukraine

⁴ Sie leitete von 1995 bis 1997 den Energiekonzern ‚Vereinte Energiesysteme der Ukraine‘, der damals für den ukrainischen Gaseinkauf verantwortlich war.